

E-Government in der Warteschleife

Thomas Birk (MdA)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sprecher für Verwaltungsmodernisierung

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Digitale Verwaltung,
Datenschutz und Informationsfreiheit

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Silicon Valley an der Spree, Smart City, Service Stadt?

Anspruch und Wirklichkeit klaffen auseinander.

Desaströse Bilanz bezogen auf die Verwaltung.

SPD/CDU mit anspruchsvollen IT- und E-Government-Zielen gestartet – kaum etwas davon umgesetzt.

Stattdessen Pleiten, Pech und Pannen

- Windows XP/Windows Server 2003?
- E-Government@school
- ISBJ-Jugendhilfe
- Online-Anmeldung KFZ-Stellen und Bürgerämter
- eAkte

Steuerung

Grundsatz der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung (§ 1 VGG) stößt bei der Umsetzung von E-Government an Grenzen.

Wir brauchen eine stärkere zentrale Steuerung durch den Senat.

§ 3 AZG: Aufgaben der Hauptverwaltung und der Bezirksverwaltungen

(1) Die Hauptverwaltung nimmt die Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung wahr. Dazu gehören:

1. die Leitungsaufgaben (Planung, Grundsatzangelegenheiten, **Steuerung**, Aufsicht),
2. die Polizei-, Justiz- und Steuerverwaltung,
3. **einzelne andere Aufgaben, die wegen ihrer Eigenart zwingend einer Durchführung in unmittelbarer Regierungsverantwortung bedürfen.**

Vergleichbare Aufgabe: Durchführung von Wahlen

- Termin regelmäßig, aber auch manchmal vorgezogen.
- Alle Ebenen müssen ihre gesetzlichen Aufgaben erledigen, sonst ist das Ergebnis anfechtbar.
- Die Parteien müssen ihre Zuarbeit leisten, sonst werden sie von den Wahlen ausgeschlossen.
- Grundsatz: Höchstmaß an Transparenz bei Wahrung des individuellen Wahlgeheimnisses.

Offene Baustellen

- 1. E-Government-Gesetz**
- 2. IT-Standards**
- 3. eAkte**
- 4. Zugang/One Stop City/Onlineangebote**
- 5. Open Data**
- 6. Beteiligung/Open Government**
- 7. IT-Sicherheit/Datenschutz**

1. Baustelle: E-Government-Gesetz

Regierungsrichtlinien:

„Mit einem landesweiten E-Government-Gesetz und der Änderung des Zuständigkeitskataloges im AZG wird sichergestellt, dass die gesamstädtische IT-Steuerung auf Senatsebene erfolgt und einheitliche Vorgaben für die elektronische Verfahrens-Abwicklung im Land Berlin bestehen.“

1. Baustelle: E-Government-Gesetz

Umsetzungsstand:

- Erarbeitung seit Anfang 2010
- Ziel war Verabschiedung letzte Legislaturperiode
- E-Governmentgesetz des Bundes seit 01.08.2013 in Kraft
- Senatsentwurf im RdB abgelehnt
- Soll nach den Herbstferien ins Abgeordnetenhaus kommen.
- Verabschiedung also frühestens Anfang 2016
- Schrittweises Inkrafttreten einzelner Paragraphen und Grundsätze

1. Baustelle: E-Government-Gesetz

Wesentliche Bausteine:

- IT-Staatssekretärin
- IT-Lenkungsrat (alle Senatsverwaltungen plus vier Bezirke) berät den Senat.
- Alle Behörden müssen sicheren elektronischen Zugang schaffen (es sei denn, es ist unwirtschaftlich).
- Elektronische Akte als Grundsatz fünf Jahre nach Einführung eines zentral angebotenen Dienstes
- Optimierung von Verwaltungsabläufen

1. Baustelle: E-Government-Gesetz

Unsere Forderungen:

- Chief Information Officer (CIO)
- Chief Information Security Officer (CISO).
- Mehr Verbindlichkeit für IT-Lenkrat, stärkere Beteiligung der Bezirke
- Klare Zuständigkeit für IT-Fachverfahren für den gesamten Lebenszyklus und übergeordnete Steuerung
- Klare Regeln zur Finanzierung
- Verbindliche Regelung zur Transparenz von Daten
- Stärkere Einbindung des zentralen und dezentralen Datenschutzes
- Beteiligung des HPR

2. Baustelle: IT-Standards

Regierungsrichtlinien:

„Zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen IT-Systeme und IT-Lösungen wird bis zum Haushalt 2014/15 ein Gesamtkonzept für die Planung, Finanzierung, Einführung und Nutzung von IT-Systemen und Lösungen entwickelt, das auch die Rolle des dezentralen Dienstleisters ITDZ im Wettbewerb beschreibt.“

„Es wird ein standardisierter IT-Arbeitsplatz entwickelt und vom ITDZ im Wettbewerb angeboten.“

2. Baustelle: IT-Standards

Umsetzungsstand:

- Konzepte wurden direkt zu Beginn der Legislaturperiode senatsintern formuliert und schmorten über zwei Jahre in der Mitzeichnung.
- Nun liegen sie seit 2013/2014 vor und nichts passiert.

Unsere Forderungen:

- Politischer Wille zur Umsetzung
- Unterlegung der einzelnen Bausteine mit einer jeweiligen Umsetzungsstrategie mit Meilensteinen und Kostenunterlegung
- Mehr Personal für die Steuerung der Prozesse
- Open Source Software als Grundsatz
- ITDZ muss günstiger und attraktiver werden.

3. Baustelle: eAkte

Koalitionsvertrag:

„Bis zum Jahr 2016 sollen 50 % der Berliner Verwaltung auf die elektronische Akte umgestellt werden.“

Umsetzungsstand:

- 2300 Arbeitsplätze waren schon umgestellt (ITDZ, Rechnungshof, Kulturförderung in der Senatskanzlei, Senatsverwaltung für Finanzen).
- Weitere 2000 Arbeitsplätze bis 2018 geplant (SenInnSport Stammhaus, ausgewählte Bereiche Polizei und LaBO, Sozialamt Tempelhof-Schöneberg [hält sich Beteiligung noch offen], dann weitere Entscheidung)
- SenWiTeFo plant Umstellung von mindestens 50 Arbeitsplätzen.
- Personalabbau hat im Vorgriff schon stattgefunden.

3. Baustelle: eAkte

Grüne Position:

Reduzierung und Pilotierung richtig, aber zu spät, zu klein und warum auf Basis von VIS?

Unsere Forderungen:

- Stärkere Einbindung der IT-Fachverfahren und der Bezirke
- Standardisierung von Prozessen als Voraussetzung
- Verbindliche Regeln für Aktenpläne und Register
- Abstimmung mit Justiz (Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs) und Finanzen (Haushalts-, Kassen und Rechnungswesen – HKR)
- Klarer Aufbauplan
- Zentrale Finanzierung
- Stärkere Unterstützung der Pilotbereiche
- Stärkere Konzentration auf das Changemanagement

4. Baustelle: Zugang/Onlineangebote/One Stop City

Regierungsrichtlinien:

„Die bisherigen Zugangswege zur Verwaltung – Post, Telefon, E-Mail, persönliche Vorsprache – bleiben erhalten und werden aufgabenspezifisch weiter ausgebaut (Bürgertelefon 115, Serviceangebote der Bürgerämter).

Der Kundenservice für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft in den Anlaufstellen der Berliner Verwaltung wird bis 2016 über alle Zugangswege (postalisch, schriftlich, persönlich, online) mit festgelegten einheitlichen Qualitäts- und Servicestandards harmonisiert.

Die Servicequalität der Behörden und Ämter wird durch die Ausweitung des internetgestützten elektronischen Terminvereinbarungssystems, das auch über das Bürgertelefon angeboten wird, erheblich verbessert.

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen werden künftig Anträge und Dienstleistungen verstärkt über das Internet stellen und abrufen können, z. B. im Meldewesen. Die Transparenz von Verwaltungsprozessen wird mit Hilfe einer „track & tracing“-Lösung verbessert, die den Stand der Bearbeitung im Internet in geeigneter Form darstellt.“

4. Baustelle:

Zugang/Onlineangebote/One Stop City

Umsetzungsstand:

- 115 – Gutes Angebot, zweite Ebene fehlt z. T. noch.
- Manipulationsanfällige Umsetzung Terminvereinbarung bei Bürgerämtern und LaBO
- Sicherer Zugang noch kein Standard
- Normenscreening fehlt.
- 70 Fachverfahren online erreichbar
- Serviceportal im Aufbau
- Keine Serviceversprechen
- Einheitlicher Ansprechpartner zu wenig genutzt und unausgereift

4. Baustelle:

Zugang/Onlineangebote/One Stop City

Unsere Forderungen:

- Ausreichender Zugang auch ohne Terminvereinbarung
- Bürgerservicekonto umsetzen
- Mehr vollautomatische Vorgänge (Top 100 und Einheitlicher Ansprechpartner)
- Nutzung des Neuen Personalausweises
- Barrierefreiheit als Grundsatz
- Mindeststandards müssen personell und finanziell unterfüttert werden.

5. Baustelle: Open Data

Regierungsrichtlinien:

„Öffentliche Daten, insbesondere Grunddaten, sollen so weit wie möglich transparent gemacht werden. Es werden Schnittstellen zur Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet.“

„Die im dritten Quartal 2011 gestartete Open-Data-Initiative des Landes Berlin wird fortgeführt. In der Bereitstellung öffentlicher Daten in maschinenlesbarer Form sieht die Landesregierung innovative Impulse für die Wirtschaft und vielfältige Anreize zur Entwicklung neuer nutzerfreundlicher Angebote für Bürgerinnen und Bürger.“

Koalitionsvertrag:

„Die Koalition wird die Open-Data-Initiative des Landes fortsetzen und ausbauen. Dazu setzt sie sich für eine Prüfung der weitgehenden Offenlegung von öffentlichen Daten (z. B. Geoinformationsdaten) unter Wahrung des persönlichen Datenschutzes ein.“

5. Baustelle: Open Data

Umsetzungsstand:

- Unverbindliche Regelung
- Portal dümpelt vor sich hin.
- Open-Data-Strategie wird nicht umgesetzt.

Unsere Forderungen:

- Verabschiedung eines Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetzes
- Offene Daten als Grundsatz

6. Baustelle: Beteiligung/Open Government

Koalitionsvertrag:

„Wir wollen Planungsprozesse transparenter gestalten – u. a. durch eine obligatorische Onlinebeteiligung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Hierzu wird in den Bezirks- und Hauptverwaltungen ein Internetangebot aufgebaut, über das Informationen abgerufen, Stellungnahmen eingereicht und Abstimmungen durchgeführt werden können. Die technischen Voraussetzungen sind dafür zentral durch die Hauptverwaltung zu schaffen.“

6. Baustelle: Beteiligung/Open Government

Umsetzungsstand:

- B-Pläne sind weitestgehend online
- Firma für Beteiligungsportal ausgewählt (meinBerlin)

Unsere Forderungen:

- Verbindliche Standards für die Onlinebeteiligung schaffen und personell/finanziell unterfüttern.
- Klare Regeln im Umgang mit Sozialen Netzwerken.

7. Baustelle: IT-Sicherheit/Datenschutz

**Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 10.04.2014
auf Antrag aller Fraktionen:**

Für alle Behörden:

- IT-Sicherheitskonzepte
- IT-Sicherheitsleitlinie zum Prozess der Umsetzung, Kontrolle und Wirksamkeit
- IT-Sicherheitsbeauftragte
- Schulungen

7. Baustelle: IT-Sicherheit/Datenschutz

Umsetzungsstand:

- Modellsicherheitskonzept unverbindlich
- IT-Sicherheitsbericht sieht weiterhin große Mängel bei der Erarbeitung von IT-Sicherheitskonzepten, deren Umsetzung, Schulung und Bereitstellung von Ressourcen.
- Schule als unsicherster Ort der IT
- Datenschutzbeauftragter wird oft zu spät einbezogen bei der Einführung von IT-Fachverfahren.
- Datenschutzbeauftragte der Behörden überfordert.

7. Baustelle: IT-Sicherheit/Datenschutz

Unsere Forderungen:

- Zentrale Verantwortung durch Chief Information Security Officer (CISO)
- IT-Sicherheitsbeauftragte in allen Behörden
- Sanktionen bei Verstößen
- Erweiterung der IT-Bestands- und Planungsübersicht bezüglich der Abhängigkeit der IT-Fachverfahren von Betriebssystemen
- Computer Emergency Response Team (CERT) als Rund-um-die-Uhr-Angebot
- Datenschutzbeauftragte rechtzeitig einbeziehen
- Volle Stellen für Datenschutzbeauftragte in allen Bezirken

Fazit

- Die auslaufende Legislaturperiode war verlorene Zeit für den Aufbau und Ausbau von E-Government.
- Wer immer nächste Legislaturperiode regiert, erntet eine schwere Hypothek zum Umbau auf E-Government und eAkte.
- Es braucht stärkere Priorisierung auch in der Politik, mehr Realitätssinn und mehr Personal für diese Aufgaben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Tel. : 030/2325 – 2412

E-Mail: thomas.birk@gruene-fraktion-berlin.de

Web: www.thomasbirk.de